

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michew.*
Wien, I. Neues Rathaus.

I. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 20. März 1919. Nr. 131.

Die angeblichen Tariferhöhungen bei den städtischen Unternehmungen.

Anlässlich eines Referates über Lohnerhöhungen in der heutigen Stadtratsitzung wies der Vorsitzende VB. Hoss darauf hin, dass er gegen diese Forderungen keinesfalls sich ausspreche, dass er aber jedesmal auf die enormen stets wachsenden Auslagen der Gemeinde hinweisen müsse, für die eine Bedeckung zu finden, immer schwerer werde.

VB. Reumann sprach sein Bedauern darüber aus, dass durch Presse-Meldungen über bedeutende Erhöhungen der Tarife der städtischen Unternehmungen Beunruhigungen in die Bevölkerung getragen werde. Es sei ja selbstverständlich, dass das Gleichgewicht im städtischen Haushalt wird hergestellt werden müssen, wie aber die Bedeckung gefunden werden wird, darüber habe nach gar keine Erörterung stattgefunden. Was die an die Gemeinde gestellten Forderungen anbelangt, so wird jeder einzelne Fall geprüft und die Gemeinde wird ihnen so weit Rechnung tragen, als es die finanziellen Mittel gestatten. Ueber diese hinauszugehen, sei mit bestem Willen nicht möglich.

II. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 20. März 1919. Nr. 132.

Das Jagdrecht auf Staatsgütern. Nach einem Berichte des StR. Dr. Kienböck in der heutigen Stadtratsitzung wird an die Nationalversammlung das Ersuchen gerichtet, das Gesetz vom 25. Jänner 1919, betreffend das Jagdrecht auf Staatsgütern auch auf solche Grundstücke auszudehnen, welche vom Staate oder von Staatsfonds veräußert wurden und zur Zeit ihrer Veräußerung mit Jagd- und Fischereirechten des Kaisers und der Mitglieder des kaiserlichen Hauses belastet waren und derzeit noch belastet sind.

Obermagistratsrat Dr. Josef Müller. Im Stände der rechtskundigen Beamten wurde nach einem Berichte des VB. Hoss eine vierte Obermagistratsrats-Stelle systemisiert. Obermagistratsrat extra statum Dr. Josef Müller wird in den status der rechtskundigen Beamten eingereiht.

Die Einstellung von Milchkühen. Nach einem Berichte des VB. Hoss wird die Einstellung von 670 Milchkühen durch die Gemeinde für die Milchgewinnung und Zucht auf den der Aktiengesellschaft für Zuckerindustrie in Gßding gehörigen Meierhöfen Rothensee, Staats, Stutenhof, Steinebrunn und Heidhof in Niederösterreich genehmigt.

Offene Aerztestellen. Im Stände der Armenärzte der Gemeinde Wien gelangen 9 bis 10 Stellen städtischer Aerzte (Armenbehandlung und Totenbeschau) in der 10. Rangklasse der städtischen Beamten zur Besetzung. Gesuche sind bis 15. April im städtischen Gesundheitsamt zu überreichen, wo auch alle näheren Auskünfte erteilt werden.

Anschaffungsbeitrag für die städtischen Angestellten. In der heutigen Sitzung des Stadtrat berichtete StR. Vaugoin über die Bewilligung eines neuerlichen Anschaffungsbeitrages für die ^{Angestellten} der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen (einschliesslich der Lehrpersonen). Er führte aus, dass er schon seinerzeit anlässlich der Bewilligung der Notstands-aushilfe betont habe, dass diese die Zuerkennung des Anschaffungsbeitrages nicht präjudizieren dürfe. Ueber seinen Antrag habe das Komitee für die Beratung

der Massnahmen zugunsten der städtischen Angestellten die Bewilligung eines neuerlichen Anschaffungsbeitrages beschlossen und auch der Magistrat lege einen diesbezüglichen Antrag vor, den er zur Annahme wärmstens empfehle. Der Anschaffungsbeitrag wurde vom Stadtrate genehmigt, er soll bis 1. April zur Auszahlung kommen. Die Kosten betragen wieder rund 11'5 Millionen Kronen.

Eine Anfrage über die Requisitionen. Die in verschiedenen Wiener Gewerbebetrieben in der letzten Zeit vorgenommenen Revisionen und Requisitionen waren wohl von der löblichen Absicht geleitet, einseitige Begünstigungen bei der Versorgung zu verhindern. Diese Revisionen haben aber keine für die Gesamtversorgung in Betracht kommenden Quantitäten zu Tage gefördert. Hingegen sind diese Beschlagnahmen in ihrer Wirkung geeignet, die ohnedies ungenügende Zufuhr von Lebensmitteln nach Wien zu erschweren und den normalen Geschäftsbetrieb der Gasthäuser unmöglich zu machen. StR. Dr. Hein stellte in der heutigen Stadtratsitzung die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt sei, Schritte zu unternehmen, damit Revisionen und Requisitionen nicht in einer Weise erfolgen, die geeignet ist, die Zufuhr von Lebensmitteln nach Wien zu erschweren und zu behindern, und den für die Versorgung der Wiener Bevölkerung notwendigen normalen Geschäftsbetrieb der Provisionierungsgewerbe unmöglich zu machen.

BGM. Dr. Weiskirchner antwortete, dass in dieser Angelegenheit gegenwärtig Verhandlungen stattfinden.